

Konsensorientierung und Sozialdemokratie

Julia Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München: R. Oldenbourg Verlag 2003, 538 S., 69,80 €

Das im November 1959 beschlossene Godesberger Programm der SPD wie auch das vier Jahre später in Düsseldorf verabschiedete Grundsatzprogramm des DGB bilden entscheidende Marksteine in der Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Arbeiterbewegung. Mit ihnen verabschiedeten sich beide Organisationen endgültig von ihren sozialistischen, zunehmend als Ballast empfundenen Traditionen und suchten den ‚modernen‘ Zeiten einer tief greifend gewandelten Welt Rechnung zu tragen. Sie verstanden sich nicht mehr als antikapitalistische Systemopposition, die die bestehende, in Kategorien des Klassenkampfes begriffene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ablehnten, sondern stellten sich nun auch programmatisch auf den Boden einer liberalen, pluralistisch verfassten Gesellschaft, die vom Wettstreit zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen lebt (‚Konsensliberalismus‘), sowie einer sozialen Marktwirtschaft, deren Produktivität es in gemeinsamer Anstrengung zu steigern gilt, um den dadurch erreichten Wohlstand gerecht zu verteilen (‚Konsenskapitalismus‘). Machtmissbrauch könnte nach dieser Ansicht so verhindert und soziale Ungerechtigkeit überwunden werden, ohne die Eigentumsordnung in Frage zu stellen oder anzutasten.

Dieser fundamentale Wandlungsprozess – so die zentrale These von Julia Angster – kann angemessen nicht aus einer rein innerdeutschen, national verengten Perspektive heraus verstanden werden, sondern nur im Zusammenhang mit der wachsenden Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Wertegemeinschaft. So grundlegend der gesellschaftliche Wandel war, durch den die ‚Entproletarisierung‘ der Arbeiterschaft im Zuge des ‚Wirtschaftswunders‘ befördert wurde, und so sehr die politische Entwicklung die Überprüfung des eingeschlagenen Weges veranlasste, nachdem die CDU mit dem Slogan „Keine Experimente wagen“ 1957 die absolute Mehrheit errungen hatte, so wenig kann der Einfluss des Westens außer acht gelassen werden. Wichtigen Anteil an der Neuorientierung ihrer Organisationen hatten dabei Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die sich schon seit den 1940er Jahren westeuropäisch-atlantischen Ordnungsvorstellungen angenähert hatten und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – nachdrücklich unterstützt von den amerikanischen Gewerkschaften, *American Federation of Labor* (AFL) und *Congress of Industrial Organizations* (CIO) – für ein angelsächsisch-liberaldemokratisches Politik- und Selbstverständnis in der westdeutschen Arbeiterbewegung einsetzten, namentlich vor allem Willi Eichler, Ludwig Rosenberg und Werner Hansen. Als ehemalige Mitglieder politischer Splittergruppen, die sich in der Weimarer Republik von den beiden großen linken Arbeiterparteien abgespalten hatten, also des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) oder der Kommunistischen Partei Opposition (KPO), hatten die meisten dieser „Modernisierer“ schon früh Kritik an den herrschenden sozialistischen Lehren geübt und neue Wege beschritten. Im Exil hatten sie dann die politische Kultur anderer, nämlich pluralistisch-

liberaler, konsenskapitalistischer Gesellschaften kennen gelernt, und mit wachsenden Zweifeln an ihren alten politischen Vorstellungen waren sie gegenüber dem Gesellschafts- und Politikverständnis ihrer Exilländer immer aufgeschlossener geworden, hatten sich intensiv mit ihm auseinandergesetzt und auf diese Weise schließlich neue Positionen entwickelt. Die „Erfahrung der Fremde“, insofern das Vertraute fremd und zugleich das Fremde vertraut geworden war, hatte bei ihnen einen Lernprozess bewirkt, der sie nicht einfach fremde Werte oder Modelle übernehmen ließ, sondern in dessen Verlauf sie diese Werte produktiv zu einer eigenständigen Einstellung verarbeiteten. So wie sie – dem von Anselm Doering-Manteuffel geleiteten Tübinger Forschungsprojekt entsprechend, aus dem im Übrigen neben ihrer Studie inzwischen noch drei andere hervorgegangen sind – ausdrücklich von „Westernisierung“ statt von „Amerikanisierung“ spricht, um den wechselseitigen Charakter dieses Annäherungsprozesses zu betonen, verwendet Julia Angster in diesem Zusammenhang den Begriff der ‚Akkulturation‘ (S. 292), um zu unterstreichen, dass es sich nicht um eine völlige Abkehr von der eigenen Tradition handelte sondern aufbauend auf ihr, wenngleich sie grundlegend verändernd, um eine Aufnahme neuer handlungsleitender Kernüberzeugungen („core beliefs“).

Die Remigranten, die mit gewandelten politischen Einstellungen nach Deutschland zurückkehrten und sich für eine Überwindung herkömmlicher sozialistischer Orientierungen einsetzten, waren untereinander durch politische, zumeist auf enge persönliche Beziehungen gründende Netzwerke verbunden, mit deren Hilfe sie ihre Ziele in der SPD und den Gewerkschaften zu verfolgen suchten. Die bekannteste und zugleich besonders legendenumwobene Gruppierung war der „Zehnerkreis“, dem neben Werner Hansen, Siggie Neumann und Kuno Brandel mit Otto Brenner und Edu Wald auch Gewerkschaftsfunktionäre angehörten, die während der NS-Herrschaft in Deutschland geblieben waren. Zu recht hebt Julia Angster hervor, dass die Mitglieder dieser Netzwerke zwar mit einflussreichen Vertretern der amerikanischen Gewerkschaften kooperierten und von ihnen auch auf die eine oder andere Art unterstützt wurden, aber keineswegs verlängerter Arm ihrer außenpolitischen Interessen, geschweige denn der amerikanischen Regierungspolitik waren. Sie bildeten nicht mehr und nicht weniger als eine „ideelle Brücke zur amerikanischen Arbeiterbewegung“ (S. 413). Die diskrete, ja konspirative Arbeitsweise namentlich des „Zehnerkreises“ nährte zwar Verschwörungstheorien, aber dahinter verbarg sich im Grunde ein politischer Zirkel sozialdemokratischer Genossen, die sich 1952 nach dem Debakel um das Betriebsverfassungsgesetz enger zusammenschlossen, um den DGB aus seiner Krise herauszuführen, indem er strategisch neu ausgerichtet und die Reformkräfte gestärkt werden sollten. Zu diesem Zweck betrieben die „Modernisierer“ des „Zehnerkreises“ vor allem eine gezielte Personalpolitik, und es gelang ihnen tatsächlich, zentrale Positionen mit Personen ihres Vertrauens zu besetzen.

Obwohl sie den Mythos entzaubern will, der sich um den „Zehnerkreis“ gebildet hat, überschätzt allerdings auch Julia Angster seinen Einfluss. Sie weist selbst darauf hin, dass er „eine sehr heterogene Gruppe“ (S. 410) darstellte, deren Mitglieder durch unterschiedliche biographische und politische Erfahrungen geprägt waren und ganz verschiedene Ansichten über die langfristigen Ziele ihrer Tätigkeit hatten. In einer Phase der (Führungs-)Krise der Gewerkschaften entstanden, zerfiel der Kreis schon nach relativ kurzer Zeit und konnte auch nicht wiederbelebt werden. Ab Ende 1954, als wesentliche Weichenstellungen im Hinblick

auf die Besetzung maßgeblicher Spitzenpositionen in den Gewerkschaften gefallen waren, kam er nicht mehr regelmäßig zusammen und bestand nur noch in einem losen Kontakt zwischen einzelnen Mitgliedern fort, der sich zunehmend verflüchtigte und schließlich 1961 in einem offenen Zerwürfnis zwischen Otto Brenner und Kuno Brandel endete. Der „Zehnerkreis“ war insofern im Grunde nicht viel mehr als ein vorübergehendes personalpolitisches Zweckbündnis zwischen Funktionären, die zwar einen politischen Minimalkonsens teilten, aber unter der angestrebten „Reform“ der organisierten Arbeiterbewegung im Einzelnen doch sehr Unterschiedliches verstanden; während die Remigranten im „Zehnerkreis“ das sozialistische Fernziel definitiv aufgegeben hatten, hielten die anderen – wie Julia Angster durchaus einräumt – auch weiterhin daran fest. Von einer wirklichen Durchsetzung angelsächsisch-westlicher Ordnungsvorstellungen in den Gewerkschaften über die politischen Netzwerke der Remigranten kann daher nur bedingt die Rede sein. Andere Persönlichkeiten, die ebenfalls als Verbindungsglieder zu den amerikanischen Gewerkschaften wirkten, auch wenn sie überhaupt nicht in derartige Netzwerke eingebunden waren, wie etwa Fritz Baade, geraten im Übrigen erst gar nicht ins Blickfeld.

Die Absicht, „politische Ideengeschichte als transnationale Beziehungsgeschichte“ (S. 20) zu schreiben, wird in der Studie von Julia Angster insoweit überzeugend umgesetzt, als sie den Prozess des Umdenkens bei den Remigranten detailliert untersucht und nachzeichnet. Die biographische Entwicklung einzelner Funktionäre in der SPD und den Gewerkschaften, ihr individueller Hintergrund wird dadurch zweifellos verständlicher. Die Wirkung ihres politischen Denkens auf das politische Handeln, also ihr konkreter Einfluss auf die strategisch-programmatische Ausrichtung der organisierten Arbeiterbewegung in den westlichen Besetzungszonen und der Bundesrepublik bleibt jedoch weitgehend unklar. Julia Angster gibt selbst zu bedenken, dass manche Zusammenhänge „nicht im Einzelnen zu beweisen“ (S. 413) seien, und spricht mit aller Vorsicht lediglich von „Hinweisen“ (S. 427). Die besonderen Schwierigkeiten einer solchen ambitionierten Untersuchung erforderten auch mehr Raum, als es die vorliegende Studie zulässt, deren Schwerpunkt eindeutig bei der gerade für die deutsche Leserschaft gewiss aufschlussreichen Darstellung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung und ihrer Außenpolitik liegt. Demgegenüber gerät nicht nur der Einfluss der britischen Arbeiterbewegung, der zweifellos größer war als der von AFL und CIO, vom skandinavischen einmal ganz zu schweigen, sondern auch die deutsche Seite viel zu kurz. Ganz abgesehen davon, dass der Prozess der ‚Westernisierung‘ der deutschen Arbeiterbewegung dadurch nicht adäquat aufgehell werden kann, beraubt sich Julia Angster im Übrigen zusätzlicher kollektivbiographischer Erklärungsmomente, indem sie den sozialistischen Dissens in der Weimarer Republik nur kursorisch behandelt. Zumindest die SAP und die KPO, denen einige Remigranten angehört hatten, unterschieden sich nämlich von den beiden großen Arbeiterparteien nicht zuletzt durch ihre besondere, der Marxschen Bonapartismus-These entlehnten Faschismus-Analyse, die sich gerade dadurch auszeichnet, dass sie der politischen gegenüber der ökonomischen Sphäre durchaus eine relative Selbständigkeit beimaß und sie keineswegs unmittelbar – wie Julia Angster nahe legt – der Herrschaft des Kapitals unterordnete – eine Position, die die Vorteile der parlamentarischen Demokratie keineswegs kurzschlüssig gering schätzte.

